



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Lokales » Dahme-Spreewald » **Lokalnachrichten**

07.03.2012

Kampf den Windrädern

Die CDU-Landtagsfraktion bietet sich den Bürgerinitiativen als Verbündete an – verspricht aber nichts

DIEPENSEE - Ein Besucher der Versammlung im Diepenseer Gemeinschaftshaus war 100 Kilometer aus Elbe-Elster angereist, obwohl er von Veranstaltungen wie diesen bisher stets enttäuscht wurde, wie er sagte. Die erhoffte Unterstützung im Kampf gegen die Windräder habe es von der Politik nicht gegeben, schon gar nicht von den Regierungsparteien SPD und Linke. Mit ihm hatten sich gut 100 Vertreter von Bürgerinitiativen aus allen Teilen des Landes am Montagabend zur CDU-Veranstaltung auf den Weg nach Diepensee gemacht. In der Union sehen sie eine politische Verbündete.

Das hat vor allem mit den Aussagen von Fraktions- und Landeschefin Saskia Ludwig zu tun. Für sie ist die Festlegung der rot-roten Regierung, zwei Prozent der Landesfläche zur Windkraftnutzung freizugeben, „ohne Sinn und Verstand“, wie sie in Diepensee erneut betonte. „Wer Politik jenseits von Bürgerinteressen durchsetzen will, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden“, sagte sie zum Auftakt und begab sich – begleitet von Applaus – zu einem Stuhl neben dem Podium. Er war Vertretern der Bürgerinitiativen vorbehalten. Ludwig und ihr Fraktionskollege Steeven Bretz, der moderierte, beschränkten sich auf die Zuhörerrolle.

„Wir zollen Ihnen großen Respekt, dass Sie nicht in das Geschwätz von Rot-Rot einstimmen“, eröffnete Thomas Jacob aus Märkische Heide in Dahme-Spreewald den Reigen. Er ist der Vorsitzende der Volksinitiative gegen Windräder, die sich neuerdings „Rettet Brandenburg“ nennt und sich als Dachverband von 37 Bürgerinitiativen versteht. Gut zwei Stunden machten ihre Vertreter in Diepensee klar, dass sie nichts von den Brandenburger Windkraft-Plänen halten. Von den gesundheitlichen Gefahren für die Menschen bis zu den Folgen für die Natur reichte die Palette der Einwände. Windräder beschädigten das Klima statt es zu schützen, erklärte ein Redner. Er verwies außerdem darauf, dass bei der Gewinnung von Rohstoffen in China für moderne Windkraftanlagen tonnenweise radioaktiver Müll entstünde. Robert Niebach aus der Uckermark meldete sich zu Wort. Er ist überzeugt, dass ihn die Windräder neben seinem Haus krank gemacht haben. „Es ist unerträglich, das ist wie Folter.“ Er will weg, aber er findet seit einem Jahr keinen Käufer für das Haus. Ein Landwirt berichtete von der Zwietracht im Dorf, die Windkraft-Investoren mit verlockenden Pachtzahlungen für Grundstücke gesät hätten. „Bei uns wurde der soziale Frieden kaputt gemacht.“ Gerhard Leopold aus Zernsdorf sprach über die Windparkpläne für Uckley. „Wir haben einen wunderschönen Wald. Unsere Natur ist uns wichtiger. Ein Energieland wollen wir nicht“, sagte er.

Eine Hauptforderung des Abends war, größere Abstände von Windrädern zu Wohnhäusern festzulegen, mindestens 2,5 bis 3 Kilometer wurden als Beispiel genannt. Ein Verzicht auf den Bau von Windkraftanlagen in Wäldern wurde ebenfalls wiederholt gefordert. Die CDU-Politiker wurden gebeten, sich für gesetzliche Regelungen auf Bundesebene und im Land einzusetzen, zum Beispiel zur Abschaffung der Bevorzugung von Windkraft-Bauvorhaben im Außenbereich.

Es gab vereinzelte sektische Stimmen. Der Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz, Axel Kruschat, sagte, die CDU selbst habe einst die Windkraftnutzung in Brandenburg vorangetrieben. Er vermisse außerdem ein alternatives Energiekonzept der Union. Ein weiterer Zuhörer wollte wissen, wie die CDU sich für die Änderung von Förderbestimmungen im Bundesgesetz einsetzen will.

Saskia Ludwig sagte, ihre Partei habe sich von alten Vorstellungen verabschiedet. „Auch wir lernen dazu.“ Sie kündigte an, dass die CDU künftig vor allem die Forschung und Entwicklung unterstützen wolle und nicht „bestimmte Technologien“ der Energiegewinnung. Versprechungen machte sie den Zuhörern nicht. „Dass es kein Windrad mehr in Brandenburg geben wird, können wir nicht versprechen. Und wir werden auch nicht alle Probleme sofort lösen können“, sagte sie. „Wir nehmen die Hinweise mit und versuchen, sie zu berücksichtigen.“

Thomas Jacob von der Volksinitiative kündigte für den 5. Mai in Potsdam eine Protestaktion an. „Die Menschen glauben, erneuerbare Energien sind Heilsbringer, aber so ist es nicht.“ (Von Frank Pawlowski)